

Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl Berlin 2026

Queerpolitische Vorhaben der Landesparteien

Diese Wahlprüfsteine richten sich an die zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2026 antretenden Parteien. Ziel ist es, die queerpolitischen Positionen der Parteien transparent, vergleichbar und überprüfbar darzustellen. Wir bitten um konkrete Angaben zu Maßnahmen, Zeitplänen und – sofern möglich – zu finanziellen Mitteln.

1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?

Antwort Tierschutzpartei:

Die Tierschutzpartei setzt sich dafür ein, die Berliner LSBTIQ+-Politik dauerhaft abzusichern und strukturell zu stärken. Dazu gehört eine eigene, mehrjährige und transparent ausgewiesene Haushaltslinie für den LSBTIQ+-Aktionsplan. Wir wollen die Finanzierung so ausgestalten, dass Beratungsstellen, Selbsthilfeangebote und Communitystrukturen in allen Bezirken langfristige Planungssicherheit erhalten und nicht von kurzfristigen Projektentscheidungen abhängig sind. Wir unterstützen außerdem die dauerhafte Verankerung einer Queerbeauftragten auf Senatsebene für die kommende Legislaturperiode.

Eine konkrete Summe können wir derzeit nicht seriös beziffern. Dazu bedarf es einer transparenten Bedarfsanalyse und der Einbindung der betroffenen Fachstellen und Verbände. Wir lehnen es ab, ohne fachliche Grundlage einen Betrag zu nennen. Maßgeblich ist für uns, dass die bereitgestellten Mittel ausreichen, um die Ziele des Aktionsplans sowie die langfristige Förderung der Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen in allen Berliner Bezirken verlässlich zu gewährleisten.

2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

Antwort Tierschutzpartei:

Die Tierschutzpartei steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sicher und selbstbestimmt leben können. Die konsequente Anwendung des LADG und die Umsetzung der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit sind dafür zentrale Bausteine.

Wir wollen die Rechte von Betroffenen stärken und Beratungs- und Unterstützungsangebote langfristig absichern und ausbauen. Dazu gehören niedrigschwellige, barrierefreie, mehrsprachige und diskriminierungssensible Angebote

für Menschen, die queerfeindliche Gewalt oder Diskriminierung erfahren. Behörden, Polizei, Justiz und öffentliche Einrichtungen müssen verlässliche Beschwerde- und Schutzstrukturen gewährleisten.

Wir wollen queere Einrichtungen, Beratungsstellen und Kulturorte besser schützen, queerfeindliche Gewalt konsequenter erfassen und verfolgen sowie Prävention stärken. Schulen, Jugendhilfe, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Arbeitsplätze und der digitale Raum müssen sichere Orte sein, an denen Vielfalt selbstverständlich ist.

3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

Antwort Tierschutzpartei:

Vielfalt und ein diskriminierungsfreier Umgang müssen in allen öffentlichen Einrichtungen selbstverständlich sein. Deshalb setzen wir auf verbindliche Schulungen für Beschäftigte in Verwaltung, Schulen, Polizei und dem Gesundheitswesen, um für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren und Diskriminierung wirksam vorzubeugen. Denn Diskriminierung gegenüber LGBTQIA+-Personen ist nach wie vor Realität, auch in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Prävention durch Aufklärung ist deshalb ein unverzichtbarer Baustein für eine gerechte und inklusive Gesellschaft.

4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

Antwort Tierschutzpartei:

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gehören zur Lebensrealität unserer Gesellschaft und müssen deshalb auch im Bildungswesen Berücksichtigung finden. Wir setzen uns für eine verbindliche Verankerung in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (auch an freien Schulen) ein. Bildung und Aufklärung sind die wirksamsten Mittel, um Vorurteile abzubauen und Queerfeindlichkeit nachhaltig entgegenzuwirken.

5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

Antwort Tierschutzpartei:

Die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen muss bedarfsgerecht und diskriminierungsfrei gewährleistet sein. Wir setzen uns dafür ein, Beratungs- und Koordinationsstellen auszubauen, die Betroffene bei der Suche nach geeigneten medizinischen und psychotherapeutischen Angeboten unterstützen und die Vernetzung zwischen Praxen, Kliniken, Beratungsstellen

und Selbsthilfe fördern. Gleichzeitig wollen wir verpflichtende Fort- und Weiterbildungen zu geschlechtlicher Vielfalt und den spezifischen Bedarfen von trans*, inter* und nichtbinären Menschen für medizinisches und psychotherapeutisches Fachpersonal ausbauen.

6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

Antwort Tierschutzpartei:

Regenbogenfamilien müssen in Berlin ohne zusätzliche bürokratische Hürden anerkannt und unterstützt werden. Wir setzen uns für einheitliche, transparente und vereinfachte Verfahren bei Stiefkindadoptionen in queeren Familien ein und wollen unnötige Verzögerungen und Unsicherheiten abbauen.

Dazu gehören verpflichtende Schulungen für Mitarbeitende in relevanten Behörden wie Standesämtern, Jugendämtern und Elterngeldstellen zu den Rechten und Lebensrealitäten queerer Familien. Verwaltungsverfahren müssen diskriminierungsfrei gestaltet sein und alle Familienformen gleichberechtigt berücksichtigen.

7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

Antwort Tierschutzpartei:

Queere Bars, Cafés und Clubs sind wichtige Begegnungsräume, Schutzräume und ein unverzichtbarer Teil der Berliner Kulturlandschaft. Wir setzen uns dafür ein, diese Orte langfristig zu erhalten und strukturell zu fördern. Dazu gehören eine bessere Berücksichtigung queerer Einrichtungen in der Stadtentwicklung, die Absicherung durch Kulturförderprogramme sowie Unterstützung beim Umgang mit Herausforderungen wie steigenden Mieten und Lärmschutzregelungen.

Darüber hinaus wollen wir den Ausbau von Safe Spaces für queeres Leben in allen Bezirken vorantreiben und bestehende queere Beratungsstellen, Kulturzentren und Jugendangebote dauerhaft stärken. Queere Infrastruktur darf nicht vom Zufall oder kurzfristigen Förderungen abhängen, sondern braucht eine verlässliche politische Unterstützung.

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

Antwort Tierschutzpartei:

Queere Senior*innen haben ein Recht darauf, auch im Alter selbstbestimmt und diskriminierungsfrei zu leben. Wir setzen uns dafür ein, queersensible Pflege und Altenhilfe in Berlin flächendeckend zu stärken und bestehende gute Ansätze weiter auszubauen.

Dazu gehören verpflichtende Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote für Pflegekräfte und Mitarbeitende in der Altenhilfe, sowie der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für queere Senior*innen. Erfolgreiche Projekte wie der „Lebensort Vielfalt“ zeigen, wie wichtig sichere und diskriminierungsfreie Räume im Alter sind. Solche Strukturen müssen erhalten, gefördert und in weitere Bezirke getragen werden.

Auch in der Quartiersarbeit wollen wir queere Senior*innen stärker sichtbar machen und Begegnungsangebote fördern, um Einsamkeit und soziale Isolation im Alter entgegenzuwirken.

9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

Antwort Tierschutzpartei:

LSBTIQ*-Menschen sind ein selbstverständlicher Teil der Berliner Stadtgesellschaft und müssen auch in Medien, Kultur und Sport sichtbar und repräsentiert sein. Wir setzen uns dafür ein, queere Projekte und Perspektiven in Förderprogrammen stärker zu berücksichtigen und bestehende Förderstrukturen gezielt weiterzuentwickeln. Dazu gehören die Förderung queerer Kulturorte und Veranstaltungen, die Unterstützung von Projekten zur Sichtbarkeit queerer Lebensrealitäten sowie eine stärkere Beteiligung queerer Menschen in relevanten Gremien und Entscheidungsprozessen. Queere Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der Berliner Kulturlandschaft und muss entsprechend anerkannt und gefördert werden.

10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir setzen uns für spezielle Schutzplätze und Wohnangebote für queere Geflüchtete ein, insbesondere für Menschen, die in regulären Unterkünften Gewalt oder Ausgrenzung erfahren. Dafür wollen wir queere Beratungsstellen und psychosoziale Angebote dauerhaft fördern, geschulte Ansprechpersonen in Geflüchtetenunterkünften etablieren und verbindliche Schutzkonzepte gegen homo-, trans- und interfeindliche Gewalt umsetzen. Queere Geflüchtete brauchen niedrigschwellige Unterstützung und sichere Anlaufstellen, unabhängig davon, in welchem Bezirk sie leben.